

Aktuelles

Aktuelle Tarifverhandlungen in der Zeitarbeit

Morgen starten sie wieder, die Tarifverhandlungen des iGZ mit dem DGB:

„Tarifverhandlungen am **14. Dezember 2005** blieben ergebnislos. Die **Interessensgemeinschaft Zeitarbeit (IGZ)** rückte zwar von ihrer Forderung ab, die Entgelte abzusenken. Sie brachte aber die Einführung einer Einstiegsgruppe unterhalb der geltenden Tarife ins Spiel, die für Beschäftigte gelten soll, die zuvor arbeitslos gewesen sind. Die DGB-Tarifgemeinschaft hat deutlich gemacht, dass sie eine Absenkung der Einkommen für den falschen Weg hält.

Die Verhandlungen werden am **18. Januar 2006** fortgesetzt.“

So ist es nachzulesen auf der Homepage der IG-Metall.

Der iGZ verkündet auf seiner Homepage, daß davon auszugehen sei, daß es zu einem Abschluß kommen wird und hat auch gleich für den 19.01.2006 eine Funktionsträgerkonferenz in Berlin einberaumt.

Wie wir alle wissen verfolgt der iGZ das Ziel, gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Bundesregierung einen Mindestlohn für die Zeitarbeit einzuführen, der vom Entsendegesetz flankiert werden soll.

Parallel dazu sind die vertraglich vereinbarten Tarifierhöhungen mit dem BZA vorläufig im Rahmen eines Moratorium, d.h. bis Ende März „auf Eis gelegt“ worden, was auch auf der Homepage der IG-Metall nachzulesen ist:

„DGB-Tarifgemeinschaft hat sich mit dem **Bundesverband Zeitarbeit (BZA)** am **16. Dezember 2005** geeinigt: Die zum 1. Januar 2006 vorgesehene Anhebung der Entgelte um 2,5 Prozent wird auf den 1. April 2006 verschoben. Die Verringerung des Ost-Abschlags von 13,5 auf 10,5 Prozent wird ebenfalls auf den 1. April 2006 verschoben.

Ursprünglich wollten die Arbeitgeber den Ost-Abschlag auf 15 Prozent erhöhen statt senken, die einsatzbezogenen Zulagen abschaffen und eine neue Eingangsstufe mit einem Stundenlohn von 6,50 € für die ersten 6 Monate einführen. Die DGB-Gewerkschaften wollen die Zeit bis April 2006 jetzt nutzen, damit es eine politische Initiative gegen die Abwärtsspirale bei den Zeitarbeits-Entgelten gibt.

Die DGB-Gewerkschaften hatten am **22. Dezember 2004** mit dem BZA vereinbart, dass die Ost-Entgelte 2005 um 13,5 Prozent und 2006 um 10,5 Prozent unter dem West-Niveau liegen können. Alle Beschäftigten (also in Ost und West) erhalten ab dem 7. Beschäftigungsmonat einen Anspruch auf 13,30 € monatlich für betriebliche Altersversorgung - das gilt erstmals ab 1. Juli 2005. Der Arbeitgeber muss einen Durchführungsweg anbieten: Pensionskasse, Pensionsfonds oder Direktversicherung.“

Im Tarinfo Leiharbeit der IG-Metall vom 19.12.2005 heißt es dazu:

Lohnmoratorium vereinbart, Absenkungsorgie vom Tisch!

Die Verhandlungen zwischen dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und der DGB-Tarifgemeinschaft am 16. Dezember 2005 haben zu einem Ergebnis geführt.

Die Arbeitgeber waren hier angetreten, um eine Einstiegslohngruppe von 6,30 €, eine Erhöhung des Ost-Abschlags auf 15 % und die Streichung der einsatzbezogenen Zulagen zu erreichen. Begründet wurde dies mit der Konkurrenzsituation durch Anwender der Verträge zwischen dem AMP und der Tarifgemeinschaft der sog. christlichen Gewerkschaften, die deutlich niedrigere Löhne vorsehen. Diese Pläne sind vom Tisch!

Vereinbart wurde allerdings ein Moratorium bezüglich der Entgelterhöhung von 2,5 % und der Reduzierung des Ostabschlags auf 10,5 % zum 1. Januar 2006, beide werden ausgesetzt und erfolgen drei Monate später.

Beide Schritte wurden somit auf den 1. April 2006 verschoben!

Nach Einschätzung von Gewerkschaftsseite hätte ein Festhalten an den Erhöhungen zu erheblichen Erosionserscheinungen bei BZA geführt, möglicherweise sogar dazu, dass der Verband vollständig zerfallen wäre. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die BZA-Firma Manpower seit Mitte des Jahres über eine Tochtergesellschaft die CGB-Verträge anwendet und dieses Beispiel Schule machen könnte.

Die drei Monate bis April sollen nach Vorstellung der DGB-Gewerkschaften nunmehr genutzt werden, um im Rahmen einer politischen Initiative der Abwärtsspirale bei den Entgelten in der Zeitarbeit einen Riegel vorzuschieben. Der DGB will hier beide Arbeitgeberverbände, also neben dem BZA auch den Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsfirmen (IGZ), in die Pflicht nehmen.

Positiv ist zu bewerten, dass die Arbeitgeberseite von ihren ursprünglichen Kürzungsplänen Abstand genommen hat. Die Gewerkschaften haben deutlich gemacht, dass „Einstiegslohne für Langzeitarbeitslose“ und ähnliche Vorstellungen die Abwärtsspirale in der Zeitarbeit nur weiter anheizen würden und dies strikt abgelehnt. Dies dürfte auch Einfluss auf die parallelen Verhandlungen mit der IGZ haben, da diese mit ähnlichen Vorstellungen angetreten sind.

Impressum: Herausgeber: IG Metall Vorstand, FB Tarifpolitik. V.i.S.d.P.: Berthold Huber, Redaktion: Dirk Schumann

Betrachtet man weiterhin die derzeitige politische- als auch die Verbandslandschaft in der Zeitarbeit, so ist wohl kaum damit zu rechnen, daß bis Anfang April 2006 eine politische Regelung zum Mindestlohn als auch zum Entsendegesetz verabschiedet wird.

Es wird spannend bei den Tarifverhandlungen der Zeitarbeit – der BZA muß nun ab dem 01.04.2006 seinen Vertrag erfüllen (oder ist das ein Aprilscherz?), der iGZ wird morgen der politischen Diskussion um Mindestlohn und Entsendegesetz nicht vorgreifen können und der AMP kann das Geschehen bis zur Mitte des Jahres verfolgen.

Eigentlich gibt es nur drei realistische Möglichkeiten:

- a) der AMP signalisiert gemeinsam mit seinem Tarifpartner, daß die Tariflöhne in der Zeitarbeit ab Mitte des Jahres den DGB-Löhnen angepaßt werden...
- b) das Moratorium des BZA wird über Ende März verlängert und damit auch die Verhandlungen zum iGZ-Tarifvertrag hinausgezögert, in der Hoffnung im Herbst über den Gesetzgeber was zu erreichen...
- c) BZA wird ab 01.04.2006 seinen Vertrag erfüllen müssen und der iGZ hat sich anzupassen...

Oder greift doch die „unrealistische“ Möglichkeit:

Die DGB-Gewerkschaften frieren ihre Tarife in der Zeitarbeit ein, bis das „Christen-Niveau“ erreicht ist und reagieren somit marktkonform???

Brake im Januar 2006

Wilhelm Kalmund